

Protokoll 92. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. April 2024, 17.00 Uhr bis 22.11 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Heidi Egger (SP)

Anwesend: 112 Mitglieder

Abwesend: Snezana Blickenstorfer (GLP), Yasmine Bourgeois (FDP), Flurin Capaul (FDP), Isabel Garcia (FDP), Martin Götzl (SVP), Julia Hofstetter (Grüne), Karen Hug (AL), Sabine Koch (FDP), Ursina Merkler (SP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Dominique Späth (SP), Roger Suter (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2024/141 * | Weisung vom 03.04.2024:
Immobilien Stadt Zürich, Kirche Wipkingen, Einbau Mehrzwecksaal, Bibliothek und Betreuungsräume für die Schule Waidhalde, neue einmalige Ausgaben | VHB
VSS |
| 3. | 2024/144 * | Weisung vom 03.04.2024:
Immobilien Stadt Zürich, Pflingstweidstrasse 60, Miete und Einbau von Schulraum für die Schule Pflingstweid, neue einmalige und neue wiederkehrende Ausgaben, Zusatzkredit, Nachtragskredit | VHB
VSS |
| 4. | 2024/132 *
E | Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Patrick Tscherrig (SP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 27.03.2024:
Nutzung der Autobahnabschnitte auf städtischem Gebiet für die Produktion von Solarstrom | VIB |
| 5. | 2024/133 *
E | Postulat von Flurin Capaul (FDP), Pascal Lamprecht (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 27.03.2024:
Unentgeltliche oder kostengünstige Abgabe der nicht mehr benötigten Abfallsammelfahrzeuge und kommunalen Nutzfahrzeuge an Prishtina (Kosovo) | VTE |
| 6. | 2024/134 *
E | Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 27.03.2024:
Hochhaus im Gestaltungsplan Thurgauerstrasse, öffentlich zugänglicher Bereich auf dem Dachgeschoss | VHB |

7.	2024/135	* E	Postulat von Florine Angele (GLP), Deborah Wettstein (FDP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 27.03.2024: Verein Inselhof, Unterstützung bei der Schaffung eines psychosozialen Tageszentrums für Mütter mit postpartaler Depression	SD
8.	2024/125	*	Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.03.2024: Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule (VTS), Anpassung des Unterrichtsbeginns am Morgen und der Bestimmung über die Dauer der gebundenen Mittage	
9.	2022/44		Weisung vom 09.02.2022: Schulamt, Einzelinitiative von Annick Hess betreffend Späterlegung des Unterrichts am Morgen an den Volksschulen der Stadt Zürich	VSS
10.	2023/581		Weisung vom 13.12.2023: Departement der Industriellen Betriebe und Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Neuorganisation der städtischen Wärmeversorgung, neue einmalige Ausgaben für den Kauf von drei Projekten von Energie 360° AG und deren Projektierung; neue einmalige Ausgaben für die Integration des Geschäftsbereich Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme ins Elektrizitätswerk der Stadt Zürich; Aufhebung des Eigenwirtschaftsbetriebs Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme; Teilrevision Anhang 1 Finanzhaushaltverordnung; Einführung einer neuen Produktegruppe im Elektrizitätswerk der Stadt Zürich; Abschreibung einer Motion	VIB VTE
11.	2023/405		Weisung vom 30.08.2023: Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9	VHB
12.	2024/147	E	Postulat von Marco Denoth (SP) und Angelica Eichenberger (SP) vom 03.04.2024: Geplantes Hochhaus der UBS auf dem «Areal-VZA1», längere Zugänglichkeit des öffentlichen Bereichs auf dem Dach oder des obersten Geschosses als die 25 Stunden pro Woche gemäss Entwurf der Vorschriften des privaten Gestaltungsplans	VHB
13.	2023/528		Weisung vom 15.11.2023: Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung Ergänzungsplan und Bauordnung «Kernzone Ottenweg», Zürich-Seefeld, Kreis 8	VHB
14.	2022/585		Weisung vom 02.11.2022: Sicherheitsdepartement, Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen», Prüfung Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung	VSI

15. 2023/192 A Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.04.2023: Bekämpfung linksextremer Gewalt in Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden als Legislatorschwerpunkt VSI
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Die Ratspräsidentin Sofia Karakostas (SP) gibt die Absetzung von TOP 19, GR Nr. 2023/354, «Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.07.2023: Marktplatz Oerlikon, Wiederherstellung und Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der Rechtmässigkeit» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3067. 2024/155

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 10.04.2024: Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zum Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Menschenrechten

Namens der Grüne-Fraktion verliest Dominik Waser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Klimaschutz ist ein Menschenrecht

Ein historisches Urteil. Ein Sieg, der Signalwirkung haben muss und wird. Eine Zustimmung von ganz wichtiger Stelle. Gestern hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zum ersten Mal darüber geurteilt, ob die Klimakrise und die Menschenrechte einen direkten Zusammenhang haben. Das war also eine Premiere und wurde somit auch mit der entsprechenden Aufmerksamkeit begleitet.

Dass genau die Schweiz, dieses reiche Land, in dem sich viele Bürger*innen als Vorreiter*innen, Mass aller Dinge oder Innovator*innen sehen, von diesem Leiturteil betroffen ist, verwundert uns nicht. Denn es ist vielmehr eine Bestätigung dessen, was GRÜNE, Klima- und Umweltschützer*innen und Linke schon seit Jahrzehnten bemängeln. Die Schweiz macht zu wenig, um die Bevölkerung vor den Folgen der Klimakrise zu schützen. Die Schweiz verletzt konkret Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und damit das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Nun sollten sich alle hier im Raum kurz bewusst werden, was dieses Urteil bedeutet. Klimaschutz ist ein Menschenrecht. Das wurde von der Instanz bestätigt, welche die Hüterin der Menschenrechte ist und schon sehr viele wichtige Entscheide getroffen hat. Entscheide nicht für irgendwelche Staaten oder politischen Interessengruppen, sondern für Menschen.

Nun gilt es, den im Urteil befundenen Missstand zu beheben. Tun wir alles, um die Bevölkerung bestmöglich vor der Klimakrise und ihren Folgen zu schützen. Denn, es ist nun noch viel mehr eine unserer wichtigsten Aufgaben. Wir als gewählte Vertreter*innen der Stimmbevölkerung müssen dafür sorgen, dass die Regierungen in unserem Land – und so in unserem Fall der Stadtrat – die nötigen Schritte unternehmen. Das ist unsere Verpflichtung, liebe Kolleg*innen!

Darum haben wir zwei Forderungen, eine an alle, die Klimaschutz immer mal wieder verhindern (1), eine an alle, die zwar Klimaschutz befürworten, aber finden "es ist auch mal genug" (2). Also:

1. An Erstere gerichtet: Die Zeiten, in denen "kein Klimaschutz" eine Option ist, sind vorbei. Das gibt es nicht mehr. Ihr könnt mit gewissen Massnahmen oder Zielen nicht einverstanden sein, ihr könnt diskutieren und sie verbessern, ihr könnt Kompromisse erreichen, aber ihr müsst am Ende zustimmen. Die Frage ist nun WIE, aber nicht mehr OB wir Klimaschutz betreiben. Denn es gilt keine wertvolle Zeit zu verschwenden, sonst macht ihr euch bei jetzigen und kommenden Generationen schuldig.
2. An Zweite gerichtet: Wir sind schon unterwegs, wir geben uns meist Mühe, wir tun schon einiges. Das stimmt. Doch die Zeiten verändern sich rasant. Was vor zwei oder vier Jahren vielleicht noch ambitioniert gewesen war, ist es heute nicht mehr. Das heisst, wir müssen nachbessern, wir müssen verstärken, wir müssen das Tempo in dieser Sache erhöhen. Immer und überall. Das ist anstrengend, denn wir können uns nicht ausruhen. Denn das Genug gibt es nicht, bis wir Netto Null erreicht haben – hier in der Stadt Zürich, aber auch global, wo wir fast $\frac{3}{4}$ unsere Emissionen verursachen. Wir müssen also auch das, was wir vielleicht vor kurzem entschieden haben, nochmals überdenken, neu denken und revidieren. Es ist unsere Aufgabe, mutig und auch mal scheinbar radikal zu sein, immer im Wissen darum, dass es wichtig und richtig ist.

In diesem Sinne schliesse ich ab: Wir haben das Urteil gehört. Wir nehmen es uns zu Herzen. Ich persönlich, wir als GRÜNE Fraktion und Partei, viele Aktivist:innen, unzählige Menschen zuhause oder am Arbeitsplatz arbeiten Tag für Tag daran, dass der Klimaschutz vorankommt. Wenn sie darauf zählen können, dass wir hier in diesem Ratssaal die richtigen Entscheide treffen, dann können wir auch auf ihre Unterstützung zählen.

G e s c h ä f t e

3068. 2024/141

Weisung vom 03.04.2024:

Immobilien Stadt Zürich, Kirche Wipkingen, Einbau Mehrzwecksaal, Bibliothek und Betreuungsräume für die Schule Waidhalde, neue einmalige Ausgaben

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. April 2024

3069. 2024/144

Weisung vom 03.04.2024:

Immobilien Stadt Zürich, Pfingstweidstrasse 60, Miete und Einbau von Schulraum für die Schule Pfingstweid, neue einmalige und neue wiederkehrende Ausgaben, Zusatzkredit, Nachtragskredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. April 2024

3070. 2024/132

Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Patrick Tscherrig (SP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 27.03.2024:

Nutzung der Autobahnabschnitte auf städtischem Gebiet für die Produktion von Solarstrom

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3071. 2024/133

Postulat von Flurin Capaul (FDP), Pascal Lamprecht (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 27.03.2024:

Unentgeltliche oder kostengünstige Abgabe der nicht mehr benötigten Abfallsammelfahrzeuge und kommunalen Nutzfahrzeuge an Prishtina (Kosovo)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3072. 2024/134

**Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 27.03.2024:
Hochhaus im Gestaltungsplan Thurgauerstrasse, öffentlich zugänglicher Bereich auf dem Dachgeschoss**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3073. 2024/135

Postulat von Florine Angele (GLP), Deborah Wettstein (FDP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 27.03.2024:

Verein Inselhof, Unterstützung bei der Schaffung eines psychosozialen Tageszentrums für Mütter mit postpartaler Depression

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Florine Angele (GLP) vom 3. April 2024 (vergleiche Beschluss-Nr. 3032/2024)

Die Dringlicherklärung wird von 101 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3074. 2024/125**Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.03.2024:
Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule (VTS),
Anpassung des Unterrichtsbeginns am Morgen und der Bestimmung über die
Dauer der gebundenen Mittage**

Christina Horisberger (SP) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 3001/2024).

Die Parlamentarische Initiative wird von 64 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK PRD/SSD beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend an die SK PRD/SSD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3075. 2022/44**Weisung vom 09.02.2022:
Schulamts, Einzelinitiative von Annick Hess betreffend Späterlegung des Unter-
richts am Morgen an den Volksschulen der Stadt Zürich**

Antrag des Stadtrats

Die Einzelinitiative betreffend Späterlegung des Unterrichts am Morgen an der Volksschule der Stadt Zürich wird abgelehnt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Tamara Bosshardt (SP), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Einzelinitiative betreffend Späterlegung des Unterrichts am Morgen an der Volksschule der Stadt Zürich wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat, Annick Hess, Neptunstrasse 25, 8032 Zürich sowie amtliche Publikation am 17. April 2024

3076. 2023/581

Weisung vom 13.12.2023:

Departement der Industriellen Betriebe und Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Neuorganisation der städtischen Wärmeversorgung, neue einmalige Ausgaben für den Kauf von drei Projekten von Energie 360° AG und deren Projektierung; neue einmalige Ausgaben für die Integration des Geschäftsbereich Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme ins Elektrizitätswerk der Stadt Zürich; Aufhebung des Eigenwirtschaftsbetriebs Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme; Teilrevision Anhang 1 Finanzhaushaltverordnung; Einführung einer neuen Produktegruppe im Elektrizitätswerk der Stadt Zürich; Abschreibung einer Motion

Antrag des Stadtrats

1. Für den Kauf und die Projektierung des Projekts Altstetten West werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 6 548 622.– bewilligt.
2. Für den Kauf und die Projektierung des Projekts Binz Nord werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 2 535 177.– bewilligt.
3. Für den Kauf und die Projektierung des Projekt Wollishofen-Manegg werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 3 621 818.– bewilligt.
4. Für die Integration des Geschäftsbereichs ERZ Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme in das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 7 258 504.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

5. Der Eigenwirtschaftsbetrieb ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme (3555), wird per 31. Dezember 2024 aufgehoben und im Anhang 1 Finanzhaushaltsverordnung (AS 611.101) gestrichen.
6. Im Globalbudget des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich wird per 1. Januar 2025 eine neue Produktegruppe Thermische Netze mit Gebietsauftrag eingeführt.
7. Der Buchungskreis ERZ Fernwärme 3555 wird per 1. Januar 2025 in den Buchungskreis ewz 4530 integriert und in der neuen Produktgruppe Thermische Netze mit Gebietsauftrag abgebildet. Die per 31. Dezember 2024 noch vorhandenen Spezialreserven der ERZ-Fernwärme werden mit jenen von ewz zusammengeführt.
8. Die Motion, GR Nr. 2021/417, der Fraktionen SP, Grüne und AL vom 27. Oktober 2021 betreffend Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für die Wärme- und Kälteversorgung und der mit diesen verbundenen Energiedienstleistungen von Energie 360° AG und ihrer Tochtergesellschaften wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsident

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 5–7

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 5–7.

Zustimmung: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Benedikt Gerth (Die Mitte), Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Ruedi Schneider (SP) i. V. von Patrick Tscherrig (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Sibylle Kauer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Kauf und die Projektierung des Projekts Altstetten West werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 6 548 622.– bewilligt.
2. Für den Kauf und die Projektierung des Projekts Binz Nord werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 2 535 177.– bewilligt.
3. Für den Kauf und die Projektierung des Projekt Wollishofen-Manegg werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 3 621 818.– bewilligt.
4. Für die Integration des Geschäftsbereichs ERZ Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme in das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 7 258 504.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

5. Der Eigenwirtschaftsbetrieb ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme (3555), wird per 31. Dezember 2024 aufgehoben und im Anhang 1 Finanzhaushaltsverordnung (AS 611.101) gestrichen.
6. Im Globalbudget des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich wird per 1. Januar 2025 eine neue Produktgruppe Thermische Netze mit Gebietsauftrag eingeführt.

7. Der Buchungskreis ERZ Fernwärme 3555 wird per 1. Januar 2025 in den Buchungskreis ewz 4530 integriert und in der neuen Produktgruppe Thermische Netze mit Gebietsauftrag abgebildet. Die per 31. Dezember 2024 noch vorhandenen Spezialreserven der ERZ-Fernwärme werden mit jenen von ewz zusammengeführt.
8. Die Motion, GR Nr. 2021/417, der Fraktionen SP, Grüne und AL vom 27. Oktober 2021 betreffend Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für die Wärme- und Kälteversorgung und der mit diesen verbundenen Energiedienstleistungen von Energie 360° AG und ihrer Tochtergesellschaften wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. April 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. Juni 2024)

3077. 2023/405

Weisung vom 30.08.2023:

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9

Antrag des Stadtrats

1. Dem privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1», bestehend aus Gestaltungsplanvorschriften und Plan Mst. 1:500 (Beilagen 1 und 2), wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1» in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Der Stadtrat setzt den privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1» nach Genehmigung durch die zuständige Direktion in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Vom Bericht nach Art. 47 RPV (Beilage 3) wird Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Marco Denoth (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Referat: Marco Denoth (SP); Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Snezana Blickens- torfer (GLP), Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Angelica Eichenberger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Marita Verbali (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP)
Minderheit:	Referat: Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Karen Hug (AL)
Abwesend:	Jürg Rauser (Grüne), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Marco Denoth (SP); Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Angelica Eichenberger (SP), Karen Hug (AL), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Marita Verbali (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP)

Abwesend: Jürg Rauser (Grüne), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1», bestehend aus Gestaltungsplanvorschriften und Plan Mst. 1:500 (Beilagen 1 und 2), wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1» in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Der Stadtrat setzt den privaten Gestaltungsplan «Areal VZA1» nach Genehmigung durch die zuständige Direktion in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Vom Bericht nach Art. 47 RPV (Beilage 3) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. April 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. Juni 2024)

3078. 2024/147

Postulat von Marco Denoth (SP) und Angelica Eichenberger (SP) vom 03.04.2024: Geplantes Hochhaus der UBS auf dem «Areal-VZA1», längere Zugänglichkeit des öffentlichen Bereichs auf dem Dach oder des obersten Geschosses als die 25 Stunden pro Woche gemäss Entwurf der Vorschriften des privaten Gestaltungsplans

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Angelica Eichenberger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3059/2024).

Përparim Avdili (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Marco Denoth (SP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

3079. 2023/528**Weisung vom 15.11.2023:****Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung Ergänzungsplan und Bauordnung «Kernzone Ottenweg», Zürich-Seefeld, Kreis 8**

Antrag des Stadtrats

1. Die Bau- und Zonenordnung wird gemäss Beilagen 1 und 2 geändert.
 - a. Art. 70b^{bis} Bauordnung (Beilage 1).
 - b. Ergänzungsplan «Kernzone Ottenweg» Mst. 1:1250 (Beilage 2).
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Festsetzung in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Der Stadtrat setzt die Änderungen nach Genehmigung durch die zuständige Direktion in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Vom Bericht nach Art. 47 RPV (Beilage 3) wird Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der neue Artikel der Bauordnung ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

n. Ottenweg

Art. 70b unverändert

Änderung: neuer Art. 70b^{bis}Zusatz-
vorschriftenArt. 70b^{bis} Zusätzliche Bauvorschriften A:

Anrechenbares Untergeschoss max.	0
Anrechenbares Dachgeschoss max.	0

Mitteilung an den Stadtrat

3080. 2022/585**Weisung vom 02.11.2022:****Sicherheitsdepartement, Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen», Prüfung Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen» wird gültig erklärt.
2. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen» wird abgelehnt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Reis Luzhnica (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Zuhanden der Stimmberechtigten:

DieDer Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen» wird abgelehnt zugestimmt.

Mehrheit: Referat: Reis Luzhnica (SP); Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Derek Richter (SVP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 38 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Reis Luzhnica (SP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Jehuda Spielman (FDP)

Enthaltung: Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 92 gegen 0 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Reis Luzhnica (SP); Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Derek Richter (SVP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 38 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen» wird gültig erklärt.
2. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. April 2024 gemäss § 131 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte

3081. 2023/192

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.04.2023: Bekämpfung linksextremer Gewalt in Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden als Legislatorschwerpunkt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1671/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Andreas Egli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~die Bekämpfung der neuen Dimension extremer Gewalt gewalttätiger Extremismus~~ in Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden ~~endlich zu einem Legislatorschwerpunkt gemacht werden kann~~ eingedämmt werden kann.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 40 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3082. 2024/156

Postulat von Ruedi Schneider (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Karin Stepinski (Die Mitte) vom 10.04.2024: Ausbau der soziokulturellen Angebote in der offenen Jugendarbeit für Mädchen durch Standorte für Mädchen-Treffs

Von Ruedi Schneider (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Karin Stepinski (Die Mitte) ist am 10. April 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die soziokulturellen Angebote in der offenen Jugendarbeit für Mädchen durch Standorte für Mädchen-Treffs ausgebaut werden können. Insbesondere sollen neben Oerlikon mögliche Standorte in Leimbach und den Kreisen 3 und 9 geprüft werden.

Begründung:

Im Rahmen der Beratung der Weisung 2023/537 zeigte sich, dass die Stadt Zürich heute über keine Mädchen-Treffs verfügt. Eine Mehrheit der Kommission will daher die Betriebsbeiträge für die Angebote der OJA Oerlikon erhöhen, damit die Schaffung eines Mädchen-Treffs in Zürich Nord möglich wird.

Zahlreiche Städte und Gemeinden in der Schweiz verfügen bereits über soziokulturelle Angebote der offenen Jugendarbeit, die sich spezifisch an Mädchen richten. Ein Angebot sind Mädchen-Treffs. Diese werden erfolgreich umgesetzt. Im Jugendalter gibt es Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen, die Mädchen lieber unter sich bzw. ohne Anwesenheit von Jungs besuchen. In einem Mädchen-Treff können spezifische Themen für Mädchen bearbeitet werden. Weiter ist es gemäss den Erfahrungen der OJA für Mädchen häufig wichtig, sich zuerst im gleichgeschlechtlichen Rahmen zu treffen, um sich dann mit der Zeit erfolgreicher in gemischtgeschlechtlichen Angeboten zu behaupten. Die Auseinandersetzungen mit starren Rollenbildern (welche immer wieder in verschiedenen Gruppierungen von Jugendlichen gelebt werden) sind für Mädchen schwieriger in einem Rahmen, wo Jungs dabei sind (umgekehrt für Jungs auch). Zudem gibt es Mädchen, die keine gemischtgeschlechtlichen Angebote besuchen wollen oder dürfen. Im Jahr 2023 wurden die Angebote der Jugendtreffs in Zürich lediglich zu 35% von Mädchen besucht. Aus all diesen Gründen braucht es in Zürich ein ausreichendes soziokulturelles Angebot für Mädchen und spezifisch Mädchen-Treffs.

Mitteilung an den Stadtrat

3083. 2024/157

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Jürg Rauser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 10.04.2024: Bericht zur langfristigen Erschliessung des Spitalgebiets Lengg durch den öffentlichen Verkehr

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Jürg Rauser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 10. April 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, wie das Spitalgebiet Lengg langfristig durch den ÖV gut erschlossen werden kann.

Begründung:

Die Spitallandschaft Lengg erfährt mit der Eröffnung des Kinderspitals im Herbst 2024 einen grossen Wachstumsschub. Die Machbarkeitsstudie zur Testplanung Lengg von 2015, welche dem vom Kanton 2020 verabschiedeten ergänzenden Richtplan zugrunde liegt, strebt die Erweiterung des ganzen Gesundheits-Clusters Lengg um 80% bis 2040 an. Die Sorge der im Gebiet Lengg wohnhaften Bevölkerung ist gross, dass die geplante Verkehrs-Infrastruktur mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten kann. Zwar sind kurz- und mittelfristige Massnahmen bereits beschlossen worden: Schon heute verkehrt eine neue Buslinie 99 ab Bahnhof Zollikon zum Balgrist, und eine neue Tramlinie entlang der Forchstrasse ist für 2026 angedacht. Zudem hat der Kantonsrat die täglichen MIV-Fahrten ins Gebiet auf 11600 plafoniert. Das ist sinnvoll so.

Doch wird diese Beschränkung den Druck auf die öffentlichen Verkehrsträger erhöhen. Langfristig müssen neuartige Verkehrslösungen in Betracht gezogen werden. Im Masterplan Lengg von 2017 ist festgehalten, dass im Falle einer Neukonzeption des Bahnhofs Tiefenbrunnen die direkte Anbindung der Lengg erneut zu prüfen sei. Diese Neukonzeption ist jetzt angesichts der SBB-Ausbauplanung mit dem 2. Riesbachtunnel spruchreif.

Die Achse Forchstrasse muss langfristig entlastet werden. Der Einsatz eines innovativen und leistungsfähigen Verkehrsträgers zur Erschliessung der Lengg soll jetzt angedacht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3084. 2024/158

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.04.2024: Schulanlage Tüffenwies, Ausrüstung der Veloabstellplätze mit einem Witterungsschutz

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) ist am 10. April 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sämtliche Veloabstellplätze auf der Schulanlage Tüffenwies mit einem Witterungsschutz versehen werden können.

Begründung:

Auf der Schulanlage Tüffenwies sind 160 Veloabstellplätze vorgesehen, Das ist für eine Sekundarschule mit ca. 500 Schülerinnen und Schüler und 100 Lehr- und Betreuungspersonen angemessen. Diese Veloabstellplätze stehen auch den Nutzenden und Besuchenden der Dreifachsporthalle zur Verfügung. 116 von diesen Veloabstellplätzen sind gedeckt, 44 weisen keinen Witterungsschutz auf.

Ein attraktive Velo-Infrastruktur - insbesondere auf Sekundarschulanlagen und bei Mehrfachsporthallen - fördert das Velofahren in der Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

3085. 2024/159

Postulat von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 10.04.2024: Vorrangiger Anspruch der städtischen Bevölkerung auf preisgünstigen Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften

Von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 10. April 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, dass Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich vorrangig Anspruch auf preisgünstigen Wohnraum in den stadteigenen Liegenschaften haben. Um einen solchen zwingend auszugestaltenden Anspruch auf preisgünstigen Wohnraum zu haben, müssen Zürcherinnen und Zürcher nachweislich ihren zivilrechtlichen Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren ununterbrochen in der Stadt Zürich haben oder mindestens zehn Jahre aneinander in der Stadt gewohnt haben. Dies darf nicht länger als fünf Jahre her und der Wohnsitz muss die letzten zwei Jahre im Kanton Zürich gewesen sein. Potenzielle Bewerbende aus anderen Gemeinden, Kantonen und dem Ausland sollen erst an zweiter Stelle berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) macht es mit ihrem Vermietungsreglement vor und versucht die Bevölkerung der Stadt Zürich bei der Wahl von Neumietparteien zu fördern. Der gleiche Ansatz und die gleichen Auflagenkomponenten werden in diesem Postulat aufgegriffen.

Die Wohnungsnot in Zürich nimmt seit Jahren zu. Bezahlbarer Wohnraum und freie Wohnungen sind und bleiben Mangelware. Dies liegt daran, dass Zürich nicht nur die höchsten Mietpreise hat, sondern auch die tiefste Leerwohnungsziffer schweizweit. Der Druck und die Nachfrage nach günstigem Wohnraum nehmen

immer mehr zu. Es wollen immer mehr in den Genuss von städtischen Wohnungen kommen, wobei die Vermietungsrichtlinien wichtige Eckpfeiler bei der Selektion von Wohnungsvergaben sind.

Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat mit ihren Steuern und Abgaben über die Jahre mitgeholfen, dass die Wohnungszahl laufend erhöht werden kann. Daher sollte auch sichergestellt werden, dass die Wohnungen auch wirklich in erster Linie den Zürcherinnen und Zürichern zugutekommen. Sollte dies nicht mehr möglich sein, müssen Quartierbewohnende ihre Stadtquartiere oder gar die Stadt verlassen, weil sie es sich schlichtweg nicht mehr leisten können. Diese Entwicklung kann nicht hingenommen werden. Ein Dach über dem Kopf zu haben, sollte kein Privileg, sondern ein Recht sein.

Mitteilung an den Stadtrat

3086. 2024/160

Jugendvorstoss, vertreten durch Tamara Achmed Hassan und Lilly Thury, vom 05.03.2024: Grüne Baustellen in der Stadt Zürich

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Tamara Achmed Hassan und Lilly Thury, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um Baustellen in der Stadt Zürich begrünt werden können.

Dies soll mit mobilen und wiederverwendbaren Pflanzenmodule erreicht werden, die bei Baustellen platziert werden. Diese Module sollen bestehende Abschränkungen ersetzen oder ergänzen.

Beispiele für mögliche Begrünungen:

- Sichtschutz: hohe Büsche in Töpfen
- Gerüste: Schlingpflanzen, Efeu, Blauregen
- Über Leitungen

Begründung:

Uns ist aufgefallen, dass es in Zürich extrem viele Baustellen (gerade auf unserem Schulweg) gibt. Wir fänden es sinnvoll, wenn diese begrünt werden könnten.

Für die genaue Umsetzung bedeutet dies, dass bepflanzte Module zentral in der Stadt Zürich in einem «Pflanzenlager » gelagert werden und von dort aus an die verschiedenen Baustellen transportiert werden. Es braucht nicht nur eine Pflege (Bewässern, Düngen, Umtopfen, Schneiden etc.) im Lager, sondern auch an den verschiedenen Standorten in der ganzen Stadt.

Es braucht auch eine gute Koordination mit den Baufirmen und Menschen, die dann auf der Baustelle arbeiten, damit diese durch die Begrünung nicht gestört werden.

Im Sommer wird der Asphalt extrem heiss, mehr Pflanzen können dies mindern. Mehr Grünflächen bedeutet weniger Hitze in der Stadt. Biodiversität wird dadurch gefördert (Bienen, Insekten haben dann mehr Lebensraum etc.).

Die mobilen Module können auch dem Arbeitsvorgang der Baustelle angepasst werden. Also eventuell verschoben oder aus dem Weg geschoben etc.

Dieses Projekt schafft auch mehr Arbeitsplätze. Diese brauchen wenig Vorwissen oder Ausbildung und können so allen Menschen zur Verfügung gestellt werden, die Lust darauf haben (zum Beispiel Menschen ohne Arbeit).

Baustellen sind oft super lange an einem Ort (mehrere Jahre), mögliche Begrünungen können so auch sehr lange bleiben.

Mitteilung an den Stadtrat

3087. 2024/161**Jugendvorstoss, vertreten durch Noemi Weinmann und Leander Bross, vom 05.03.2024:
Offene Turnhallen**

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Noemi Weinmann und Leander Bross, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, im Budgetantrag 2025 an den Gemeinderat die notwendigen zusätzlichen Mittel einzustellen, damit mehr öffentliche Sporthallen analog zu den Sportangeboten in der Zentralwäscherei inklusive eines Boxgyms ermöglicht werden können.

Begründung:

Sportliche Betätigung hilft Jugendlichen bei der persönlichen Entwicklung und fördert das Wohlbefinden. Er stärkt das Selbstbewusstsein und die Lebenskompetenzen. Gleichzeitig lernen die Jugendlichen neue Leute kennen, schliessen neue Freundschaften und können gleichzeitig Stress abbauen. Dabei bieten solche Angebote eine sinnvolle Alternative gegen die Langeweile und die daraus entstehenden Probleme. Sport kann somit auch präventiv gegen Vandalismus wirken.

Das Angebot soll für alle Jugendliche zugänglich sein, auch für solche aus Familien mit niedrigem Einkommen. Da es in der Stadt zu wenig solche niederschweligen Angebote gibt, soll die Stadt derartige Sportangebote fördern.

Die Räume sollen dezentral entstehen, insbesondere dort wo es an solchen Sportmöglichkeiten mangelt. Der Stadtrat soll prüfen, ob diese Angebote in bestehenden Sportanlagen realisiert werden, oder als neue.

Mit einem derartigen Angebot wird garantiert, dass man auch unverbindlich neue Sportarten auszuprobieren kann ohne lange Wartelisten, wie das bei vielen Sportvereinen der Fall ist. Gewisse Jugendliche wollen sich nicht festlegen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein und wollen gerne verschiedene Sportarten unverbindlich ausprobieren.

Mitteilung an den Stadtrat

3088. 2024/162**Jugendvorstoss, vertreten durch Lisa Hesse und Sophie Lutz, vom 05.03.2024:
Pass für Schulkinder für Vergünstigungen im Kultur- und Freizeitbereich sowie Verpflegung**

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Lisa Hesse und Sophie Lutz, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit von CHF 6'000'000.- für einen neu einzuführenden SchülerInnenpass vorzulegen. Der Rahmenkredit soll u. a. für folgende Massnahmen eingesetzt werden: a) dieser SchülerInnenpass soll SchülerInnen im Alter von 13-18 Jahren Vergünstigungen in städtischen Betrieben und Institutionen ermöglichen b) Die Stadt wird des Weiteren aufgefordert das Akzeptanznetz für den SchülerInnenpass durch geeignete privatwirtschaftliche Angebote zu ergänzen. c) Ist der Kredit aufgebraucht, soll die Massnahme evaluiert werden.

Begründung:

Aufgrund hoher Preise in der Stadt Zürich ist es vielen Jugendlichen nicht immer möglich am Sportlichen und kulturellen Geschehen teilzunehmen. Zudem ist es schwierig, im Schulumkreis kostengünstige und vielfältige Verpflegungsmöglichkeiten zu finden. Mit dem SchülerInnenpass sollen auch SchülerInnen, aus Familien mit niedrigem Einkommen, die Möglichkeit haben, solche Angebote zu nutzen und sich eine günstige Verpflegung zu leisten zu können.

Der SchülerInnenpass soll allen schulpflichtigen Jugendlichen (inkl. KantonsschülerInnen) im Alter zwischen 12 und 18 Jahren, wohnhaft in der Stadt Zürich, abgegeben werden.

Um das Netz der Akzeptanzstellen erweitern zu können, soll die Stadt proaktiv auf Privatwirtschaftliche Betriebe und Organisationen zugehen. Dabei sollen generell die übergeordneten Bildungsziele der Stadt Zürich berücksichtigt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3089. 2024/163

Jugendvorstoss, vertreten durch Joshua Van de Pol und Hendrik Gubser, vom 05.03.2024:

Günstigere ÖV-Tickets für die städtische Bevölkerung, abgestuft für das Alter bis 18 Jahre

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Joshua Van de Pol und Hendrik Gubser, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Rahmenkredit zur Verbilligung der Preise für die ZVV-Abonnemente in der Zone 110 für die städtische Wohnbevölkerung vorzulegen. Die Verbilligung soll wie folgt abgestuft sein:

Für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre: 50% vom normalen Preis.

Für andere Personen: 25% vom normalen Preis.

Begründung:

Die Verbilligung ist ein Beitrag zur Förderung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Sie führt dazu, dass mehr Personen die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen und damit einen Beitrag an den Umweltschutz leisten. Zudem wird der Autoverkehr eingedämmt, was zu weniger Stau führt.

Mit der Verbilligung der öffentlichen Verkehrsmittel soll auch eine finanzielle Entlastung der Zürcher Bevölkerung erwirkt werden, insbesondere der Familien.

Mitteilung an den Stadtrat

3090. 2024/164

**Jugendvorstoss, vertreten durch Carlo Helbling und Iria Abreu, vom 05.03.2024:
Umgang mit Frühstunden**

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Carlo Helbling und Iria Abreu, eingereicht worden:

Wir fordern den Stadtrat auf, die entsprechenden Verordnungen so anzupassen, dass keine Schulstunden vor acht Uhr beginnen oder dass in Schulstunden vor acht Uhr ausschliesslich kreative oder sportliche Fächer stattfinden.

Zudem sollen auch in den Spätstunden am Nachmittag nur kreative oder sportliche Fächer stattfinden.

Begründung:

Ein Start des Schulunterrichts vor acht Uhr ist nicht jugendfreundlich. Die Jugendlichen können sich nicht so früh am Morgen gut konzentrieren. Diverse Studien zeigen, dass die Konzentrationsfähigkeit bei Jugendlichen erst später am Tag voll vorhanden ist.

Rückmeldungen der Jugendlichen sind, dass sie nicht ungern zur Schule gehen aber die Menge an Schulstunden und Unterrichtszeiten für sie nicht passend sind.

Mitteilung an den Stadtrat

3091. 2024/165

Jugendvorstoss, vertreten durch Leandro Michael und Eleni Hidrogo, vom 05.03.2024:

Gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Leandro Michael und Eleni Hidrogo, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit für die Bekämpfung von Diskriminierung an Zürcher Schulen vorzulegen. Der Rahmenkredit soll u. a. für folgende Massnahmen eingesetzt werden:

- a) Massnahmen Lehrpersonen und Sozialarbeit:
 - Weiterbildung zum Umgang mit Diskriminierung mit möglichen Massnahmen z.B von ZÜRAS
 - Schulen müssen bei einem Vorfall Sofortmassnahmen ergreifen, wie sie darauf reagieren und diese umsetzen.
 - Schule stellt eine Möglichkeit bereit, um sich anonym zu melden.
- b) Massnahmen für Jugendliche
 - Expert:innen ausserhalb der Schule (z.B. ZÜRAS) kommen in die Schule vorbei und geben Workshops und bilden Jugendliche aus damit sie sich gegen Diskriminierung einsetze wie zum Beispiel zu «Peacemaker / Peaceranger».
- c) Unabhängige Meldestelle, wo sich Schüler:innen und Eltern telefonisch, per Mail oder in Person melden können. Die Stelle könnte z.B. bei der OJA sein.

Begründung:

In der heutigen Gesellschaft ist Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung, Aussehen, Kultur, Religion und körperlichen Einschränkungen ein sehr verbreitetes Phänomen. Aber auch an Zürcher Schule passiert es öfters als man denkt. Viele betroffene Personen fühlen sich ein eingeschränkt, nicht ernstgenommen und allein gelassen. Dadurch verlieren sie die Motivation in die Schule zu gehen. Dies kann Wirkungen auf die Gesundheit und Psyche dieser Personen haben und auf ihr weiteres Leben.

Unser Ziel ist es, dass sich alle wohl fühlen können in der Schule. Denn es sollte nicht normal sein, dass jemand Angst haben muss sich zum Beispiel zu outen und dann von der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Wir wollen dieses Problem abschaffen und dass mehr auf ein harmonisches Zusammenleben geachtet wird.

Mitteilung an den Stadtrat

3092. 2024/166

Jugendvorstoss, vertreten durch Shanaya Goncalves und Iqra Khan, vom 05.03.2024:

Gegen Diskriminierung von religiösen Minderheiten an Schulen

Am 5. März 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Shanaya Goncalves und Iqra Khan, eingereicht worden:

Der Kampf gegen Diskriminierungen (z.B. gegen Islamophobie und Antisemitismus) sollen in allen Schulen behandelt werden. Das Ziel besteht darin, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Teil der Gesellschaft sind und keine Diskriminierungen (Hass, Gewalt etc.) erfahren.

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Gemeindeordnung der Stadt Zürich dahingehend zu ergänzen, dass die Bekämpfung von Diskriminierungen (z.B. gegen Islamophobie und Antisemitismus) an allen Schulen der Stadt Zürich behandelt wird. Alle Menschen in der Stadt Zürich können sich ohne Diskriminierung und Hassserfahrung in der Stadt frei bewegen.

Begründung:

Es sollte verhindert werden, dass Menschen in der Gesellschaft bezüglich Glaubensrichtung, Hautfarbe ausgegrenzt werden. Alle Menschen sollen gleichberechtigt sein und keine Diskriminierung (wie Gewalt usw.) erfahren.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate und die sieben Jugendvorstösse werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3093. 2024/167**Schriftliche Anfrage von Marita Verbali (FDP) und Jehuda Spielman (FDP) vom 10.04.2024:****Einsammlung von abgestellten Velos auf öffentlichen Veloabstellplätzen durch ERZ, bestehende Rechtsgrundlagen, Anzahl eingezogener Velos, Kriterien für die Auswahl der Institutionen, denen die Velos gespendet werden und Koordination mit der Stadtpolizei im Rahmen der Diebstahlanzeigen sowie Massnahmen zur Sicherstellung der Kommunikation über die bestehende Regelung**

Von Marita Verbali (FDP) und Jehuda Spielman (FDP) ist am 10. April 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Velos, die länger als 30 Tage auf öffentlichem Grund bzw. öffentlichen Veloabstellplätzen stehen, werden von ERZ eingesammelt und für 90 Tage gelagert, bevor sie gespendet werden. Diese Regelung betrifft nicht nur defekte Velos, sondern auch fahrtaugliche. Viele Velobesitzerinnen und -besitzer sind sich dieser Regelung aber nicht bewusst, und machen bei der Polizei eine Diebstahlanzeige. Wenn überhaupt, finden sie eher zufällig heraus, dass ERZ die Velos eingesammelt hat und diese gegen eine Gebühr von CHF 50 ausgelöst werden können. Auf der Website der Stadt Zürich werden sie aufgefordert nach Ablauf der Abholfrist eine Diebstahlanzeige einzureichen.

2005 und 2006 sind bereits zwei schriftliche Anfragen dazu eingereicht worden (GR Nr. 2005/248 und GR Nr. 2006/450). Das Problem scheint aber offensichtlich auch nach fast 20 Jahren in gleichem Masse weiter zu bestehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was sind die mit dem Einziehen der Velos durch ERZ verbundenen Rechtsgrundlagen?
2. Wie viele Velos pro Jahr werden von ERZ eingezogen?
3. Wie viele von den eingezogenen Velos stammen von ausdrücklich beschilderten Parkverboten (z.B. bei den Abgängen zum Bahnhof / ShopVille) oder von den 48h-Beschränkungen (Bhf. Hardbrücke)?
4. In welchem Zustand sind die eingezogenen Velos?
5. Welche Kriterien wendet ERZ an, um festzustellen, dass die Velos nicht bewegt worden sind?
6. Wem werden die nicht-abgeholt Velos gespendet? Nach welchen Kriterien werden die Institutionen ausgewählt, die die Velos gespendet bekommen?
7. Werden die Velos von den Empfängern der Spenden verkauft? Falls ja, welcher Zweck wird mit dem Erlös finanziert?
8. Ist die Aufforderung zur Diebstahlanzeige rechtlich vertretbar, da die Velos ja nicht gestohlen wurden, sondern von ERZ eingezogen worden sind?
9. Wie wird sichergestellt, dass Velobesitzerinnen und -besitzer erfahren, dass ihr Velo eingezogen worden ist und gegen Gebühr abgeholt werden können?
10. Wie koordiniert sich ERZ mit der Stadtpolizei bei Diebstahlanzeigen in Bezug auf die eingezogenen Velos? Werden Velobesitzerinnen von der Polizei darauf hingewiesen, dass es auch sein könnte, dass das Velo nicht gestohlen, sondern von ERZ eingezogen wurde?
11. Wie stellt ERZ sicher, dass die Velobesitzerinnen und -besitzer flächendeckend von dieser Regelung Kenntnis haben?
12. Gibt es neben Velos noch weitere Transportmittel von ERZ eingezogen werden wie bspw. E-Trottinets, etc.?

Mitteilung an den Stadtrat

3094. 2024/168

Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 10.04.2024:

Schliessung der Regionalwache Industrie im Kreis 5, Einordnung der Absicht vor dem Hintergrund des überwiesenen Postulats, Einbezug der Bevölkerung, statistische Erfassung der Konsultationen und Massnahmen zur Sicherstellung der Sicherheit nach einer allfälligen Schliessung

Von Michele Romagnolo (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 10. April 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat beabsichtigt, die Regionalwache Industrie im Kreis 5 mittelfristig zu schliessen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist eine Schliessung mit der vom Gemeinderat im Postulat 2022/665 an den Stadtrat überwiesenen Forderung vereinbar?
2. Hat die Stadt die Bevölkerung im Kreis 5 und den Quartierverein bezüglich der geplanten Schliessung konsultiert (nicht zuletzt auch in Anbetracht des starken Widerstandes gegen die Schliessung der Quartierwache in Schwamendingen)? Wenn ja, in welcher Form und welches waren die Rückmeldungen?
3. Wurde in den letzten Jahren statistisch erfasst, wie oft die Regionalwache Kreis 5 besucht wurde? Falls ja, bitten wir um die Zustellung der Daten.
4. Welche Schritte werden nach einer allfälligen Schliessung unternommen, um die Sicherheit zu gewährleisten?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3095. 2024/18

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 17.01.2024:

Winterreden im Zentrum Karl der Grosse, Beurteilung der Teilnahme- und Ausschlusskriterien für die Veranstaltungsrunde, thematische Auswahl der Reden, Sicherstellung der Diversität der politischen Einstellungen und Gründe für die Schliessung des Zentrums über die Feiertage sowie Haltung zu den Veranstaltungsrichtlinien betreffend Verwendung des Gendersterns

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 949 vom 27. März 2024).

Nächste Sitzung: 17. April 2024, 17.00 Uhr